

Schweizer Mittelstand

Birne oder Schokoladetorte

Das Gejammer über den geplagten Mittelstand ist politisch motiviert und denkfaul. Wichtig wäre dagegen eine differenziertere Klassenanalyse. Und eine entsprechend differenzierte Politik.

Von Stefan Howald

67'500 Franken Bruttojahreslohn. Oder vielleicht 170'000 Franken für eine Zweitverdiener-Familie. Webdesigner in Zürich West. Oder vielleicht mittleres Kader in einer Seeländer Regionalbank. Eine städtische Mietwohnung in St. Gallen. Oder vielleicht ein mit Hypotheken belastetes Einfamilienhaus im Baselbiet. Auf jeden Fall: All diesen MittelständlerInnen geht es schlecht.

Der Mittelstand ist zum Mittelpunkt der öffentlichen Besorgnis geworden. Von überall her wird er bedrängt. Oben sind die Abzocker in den feudalen Luxus enteilt, von links droht der Staat mit seinen Begehrlichkeiten, in die Pendlerzüge drängeln sich gut ausgebildete AusländerInnen, und selbst die unten haben finanziell proportional mehr zugelegt.

Aber wer ist denn diese arg gebeutelte Kreatur? Es gibt eine ganz einfache Definition, wie sie etwa die Lobbyorganisation Avenir Suisse verwendet: Der Mittelstand umfasst einkommensmässig die mittleren sechzig Prozent der Bevölkerung. Es gibt eine etwas kompliziertere Definition: Er umfasst jene, deren Einkünfte zwischen 70 bis 150 Prozent vom Medianlohn abweichen. Die beiden Definitionen haben gemeinsam, dass sie sich einzig aufs Einkommen beziehen. Wobei die Bandbreite der so unterschiedlich eruierten Löhne praktisch identisch ist. Kurzum, der Mittelstand ist jene Mehrheit, die mitten in unserer Gesellschaft ruht, und er wird so definiert, dass er als Mehrheit in die Mitte zu liegen kommt. Umgangssprachlich mag das Wort nützlich sein; als Begriff entspringt es einem Zirkelschluss und ist eine Leerformel.

Ein wenig Geschichte

Einst hiess der Mittelstand Bürgertum, als dieses sich selbstbewusst im Aufstieg befand und die alten Mächte hinwegfegte. Mit erfolgreicher Industrialisierung differenzierte sich das Bürgertum in Wirtschaftsbürgertum, Bildungsbürgertum und Kleinbürgertum. Der zuweilen parallel gebrauchte Begriff «Mittelstand» erinnerte ans gewerbliche, ständische Element, hatte etwas Gemütliches an sich. Doch Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Arbeiterklasse zur ernst zu nehmenden politischen Kraft aufstieg, wurde der Mittelstand als Klasse neu erdacht, um den antagonistischen Klassenbegriff aufzuweichen. 1953 rief der konservative deutsche Soziologe Helmut Schelsky die «nivellierte Mittelstandsgesellschaft» aus und wollte damit alle gesellschaftlichen Ungleichheiten einsargen. Das wirkt in den Köpfen bis heute: Während die Einkommensverteilung in der Schweizer Gesellschaft einer Birne gleicht, fühlen sich die allermeisten BürgerInnen einer umfassend breiten Mittelschicht zugehörig, wie im Bild einer Schokoladetorte auf einem kleinen Sockel und mit einem Rahmtupfer obendrauf. 1997 meinte der damalige britische Labour-Vizepremierminister John Prescott in einem Interview: «Wir gehören jetzt doch alle zum Mittelstand.» Prescott war als ehemaliger Schiffssteward einer der wenigen Labour-Minister, die aus der Arbeiterklasse aufgestiegen waren. Er hat zwar später dementiert, den Satz in dieser Form gesagt zu haben, aber der charakterisierte treffend die Ideologie von New Labour: Weg mit dem Klassenkampf, her mit Geld und Konsum.

Ein wenig Politik

Auf den Mittelstand als amorphe Masse lassen sich alle politischen Wünsche und Ansprüche projizieren. Das hat die Lobbyorganisation Avenir Suisse in der Untersuchung «Der strapazierte Mittelstand» im letzten November vorgeführt. Die Studie zeigt, dass der hiesige «Mittelstand», als «Basis der Schweiz», verglichen mit dem Ausland überdurchschnittlich gut dasteht, dass er praktisch keinen finanziellen oder statusmässigen Rückgang hat hinnehmen müssen. Dennoch kommt dann die alte neoliberale Forderungsliste: Abbau des bürokratischen Staats, Deregulierung der Wirtschaft, Förderung durch gezielte Steuersenkungen.

Dem entspricht die von aussen an die SP herangetragene Aufforderung, sie müsse in die Mitte rücken. Notwendiger aber wäre eine genauere Analyse, um besser Politik betreiben zu können und eine bessere Politik.

Ein wenig Statistik

Gelegentlich wird der diffuse Mittelstand aufgegliedert, etwa in die bei der Werbung so beliebten Kaufkraftklassen. Auch da sprechen freilich allein das Portemonnaie und das Bankkonto. Das Bundesamt für Statistik unterscheidet nach der Nomenklatur der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) «sozioprofessionelle Kategorien der Erwerbstätigkeit», und zwar zehn: von «Führungskräften» bis zu «Hilfsarbeitskräften». Die zweitoberste Kategorie umfasst «Akademische Berufe». In der Schweiz übten im Jahr 2012 über eine Million Menschen einen «akademischen Beruf» aus, also beinahe ein Viertel aller Beschäftigten. Aber keine Angst (oder Freude) wegen unserer verakademisierten Berufswelt: Zu dieser Kategorie zählen alle Informatikerinnen ebenso wie alle Sekundarlehrer, «Personalberatungsfachkräfte» und sogar Schriftsteller. Gehört also ein linksliberaler Geschichtswissenschaftler zur gleichen mittelständischen Schicht wie ein untergeordneter Informatiker in einem Grossunternehmen? Das Normensystem ISCO-08 der ILO verästelt sich übrigens noch weiter, mit 10 Berufshauptgruppen, 28 Berufsgruppen, 116 Berufsuntergruppen und 390 Berufsgattungen. Es ist eine nicht uninteressante, aber weitgehend unbewusste Mischung von Ausbildung, Tätigkeit und Verfügungsgewalt.

Natürlich gibt es andere Traditionen. Der deutsche Soziologe und Publizist Siegfried Kracauer veröffentlichte 1929 das Buch «Die Angestellten». Damit reagierte er auf den wachsenden Dienstleistungssektor. Es war einer der ersten Versuche, ökonomische Situation, Berufstätigkeit und soziales Verhalten zusammenzudenken. Im angelsächsischen Raum weisen die Begriffe «white-collar worker» und «blue-collar worker» auf andere Grenzziehungen in der Arbeitswelt hin, darauf, dass man Angestellte und ArbeiterInnen auch zusammendenken könnte. Und der kaum mehr dudengemässe «Lohnabhängige» versucht, die Erinnerung an Unterordnungsverhältnisse wachzuhalten.

Ein wenig Theorie

Schön marxistisch wird eine Klasse vorerst durch ihre ökonomische Funktion und die Stellung in den Produktionsverhältnissen bestimmt. Funktional geht es um Verfügungsgewalt und Machtpositionen, nicht um Einkommen oder Weltanschauungen. Die Kapitaleignerin ist etwas anderes als der Manager. Das Kapital ist freilich ebenfalls in Fraktionen gespalten: Der Bankensektor hat zuweilen andere Interessen als das Industriekapital.

Auch die konkrete Form, der stoffliche Inhalt der Arbeit spielt eine Rolle – wie also gearbeitet wird und in welchen sozialen Zusammenhängen. Die Tätigkeit im Biotechlabor ist etwas anderes als die in einer städtischen Verwaltung. Überlagert wird das von der Geschlechterzugehörigkeit und der Migrationsfrage. Denn die Individuen sind vielfältig in die Gesellschaft eingebunden. Sie leben in verschiedenen sozialen Feldern – Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft –, die je unterschiedliche Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster ausbilden.

Die sprichwörtlichen «mittelständischen Werte» etwa. Sicherheit. Ordentlichkeit. Solidität. Aber auch entsprechende Ansprüche: Man weiss, was man hat und was einem zusteht. Selbstverständlich Konsummöglichkeiten. Fürs Verhältnis zum Geld heisst das, man wolle «nicht zu viel, nicht zu wenig». So fasst die Soziologin Gisela Unterwiesing ein Kapitel ihres soeben erschienenen Buchs «Umgang mit Geld als kulturelle Praxis» zusammen, das sie als «qualitative Studie zur gesellschaftlichen Mitte» versteht. Die Spidergrafiken diplomierter Politgeografen bilden solche Kategorien ab, auf den Kopf gestellt. Sag mir, was du willst, und ich sage dir, wo du stehst und hingehörst. Hier bestimmt das Bewusstsein das Sein.

Dagegen braucht es eine genetische, entwicklungsmässige, von unten her denkende Sichtweise: Wie etwas aus seinen Bedingungen entsteht und wie wiederum seine Entstehungsbedingungen verändern mag. Welche Interessen einer bestimmten ökonomischen Position entspringen, wie sie zu Werten verarbeitet werden, die Denken und Handeln bestimmen, die ihrerseits die Reproduktion der individuellen Arbeitskraft in der Wirtschaft modifizieren mögen.

Noch ein wenig Politik

Von der 1:12-Initiative wären die allerwenigsten KMU, und damit die allerwenigsten Schweizer Betriebe, betroffen (siehe WOZ Nr. 13/13). Dennoch finden sich kaum Patrons, die sie öffentlich unterstützen. Ihre ökonomische Einschätzung tritt in Widerspruch zu ihrer sozialen Zugehörigkeit. Obwohl sie materiell nicht betroffen wären, klammern sie sich an die Identifikation mit dem freien Unternehmertum. So setzt ein Gezerre um die KMU ein. Die SVP hat den Freisinnigen den Gewerbeverband entrissen. Die Grünliberalen holen eine bestimmte Klientel grüner TechnokratInnen ab. Die SP und die Grünalternativen sollten das alles nicht kampflos preisgeben.

Die Soziologin Gisela Unterweger liefert Material, an dem sich die Möglichkeiten eines politischen Eingriffs veranschaulichen lassen. Sie hat elf «mittelständische» Beschäftigte befragt, wie sie es mit der pekuniären Entlohnung für Arbeit halten. In deren Selbstverständnis ist Geld nicht das zentrale Motiv für ihre Arbeit. Die Bonusfrage konfrontiert sie direkt damit. Das verlangt eine weltanschauliche Verarbeitung. «Verantwortung» wird als zentrale Kategorie konstruiert, die höhere Löhne rechtfertigt. Je nach ihrer Stellung in der betrieblichen Hierarchie und ihren Aufstiegschancen schätzen die Befragten ein, wie sie selber in Verantwortung eingebunden sind oder dies zumindest als Perspektive denken können. Und sie identifizieren sich unterschiedlich stark mit dem Unternehmen, obwohl sie zugleich beklagen, dass diese Solidarität von denen oben nicht erwidert wird. Was aber erachten sie als angemessene Entschädigung für diese «Leistung» der Verantwortung? Zumeist setzen sie eine Grenze: etwa eine halbe Million Franken. Es sind diese Menschen aus dem «Mittelstand», die der 1:12-Initiative zum Erfolg verhelfen könnten. Sie brauchen kein Gejammer, sondern gezielte politische Angebote.

Dieser Artikel erschien in der WOZ – Die Wochenzeitung Nr. 14/13 vom 4. April 2013; siehe www.woz.ch